



An Syriens Südgrenze leben zunehmend mehr Menschen unter israelischer Besatzung. Sie richten einen verzweifelten Appell an die Weltgemeinschaft

TEXT UND FOTOS: SOPHIA MAIER



Der pensionierte Lehrer Musa Al-Jarwan versteht nicht, warum der israelischen Besatzung im Verwaltungsgebiet Quneitra kein Einhalt geboten wird.

Die Scheibenwischer schieben den Regen im Takt zur Seite. Geröll, vereinzelte Büsche, hin und wieder ein zerstörtes Haus am Straßenrand. In der Ferne ist der Gipfel des Hermon zu erahnen – der höchste Berg Syriens verschwindet fast vollständig im Grau des Himmels. Musa Al-Jarwan sitzt auf dem Beifahrerplatz, den Blick nach vorn gerichtet. Er ist 63 Jahre alt, pensionierter Lehrer, Sunnit.

Still beobachtet er die Umgebung. Plötzlich sagt er mit lauter Stimme: »Weg mit der Kamera, die Fenster sofort hoch! Wir sind nicht weit von ihrer Position entfernt.«

Er meint die Stellungen israelischer Soldaten. Seit dem Sturz des Assad-Regimes haben sich die Verhältnisse hier im Grenzgebiet zwischen Syrien und Israel dramatisch verän-

dert. Der gesamte Hermon und die UN-Pufferzone auf den Golanhöhen stehen mittlerweile unter Kontrolle der israelischen Armee. Man wolle sich so gegen Angriffe bewaffneter Gruppen schützen. Schon im Dezember vergangenen Jahres hatte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärt, man werde es »keiner feindlichen Kraft erlauben, sich an unserer Grenze festzusetzen«.

Musa Al-Jarwan beugt sich nach vorn und zeigt auf ein rosafarbenes Häuschen wenige Hundert Meter entfernt. »Hier war vor Kurzem noch ein Checkpoint – ständig ändern sie ihre Positionen.« Nie wüssten die Bewohner, wo israelisches Militär als Nächstes auftauche. Dann deutet der Mann mit dem grauen Schnauzer auf eine matschige Abzweigung. »Die Hauptstraße ist zu gefährlich«, erklärt er. »Wir nehmen den Feldweg hintenrum. Da sehen sie uns hoffentlich nicht.«

Unser Ziel ist das Dorf Rasem Al-Rawade im Verwaltungsgebiet Quneitra, 50 Autominuten von der Hauptstadt Damaskus entfernt. Rund hundert Menschen leben in der kleinen Ortschaft. Ankunft an einem beschädigten Einfamilienhaus. Eine der Wände ist voller Einschusslöcher. Auf die seitlich anschließende Wand ist ein großer, schwarzer Davidstern gesprüht. Daneben steht auf Hebräisch: »Am Yisrael Chai«, zu Deutsch: »Das Volk Israel lebt.« Das Graffiti haben offenbar israelische Soldaten hinterlassen.

Im Haus hinter der beschmierten Wand lebt ein älteres Ehepaar. Ihre Namen wollen die beiden nicht nennen, auch ihre Gesichter sollen nicht in den Medien zu sehen sein. Zu groß ist die Angst vor einer Bestrafung durch die israelischen Soldaten. »Sie drohen uns mit Gewalt, wenn wir mit Pressevertretern sprechen«, erzählt die Frau mit Hijab und bodenlangem, lilafarben gepunktetem Kleid. Der Angriff auf ihr Haus habe im Dezember stattgefunden, am zweiten Tag nach Assads Sturz.

Mit schnellen Schritten geht sie auf die Wiese vor dem Gebäude, zeigt mit zitternder Hand auf eine Schneise umgestürzter Bäume: »Sie kommen mit schwerem Gerät und fällen sie, um freie Sicht haben. Hundert Jahre alte Bäume!« Der Ehemann, der eine rot-weiße Kufiya als Turban trägt, ergänzt: »Die IDF sorgen dafür, dass es keine Infrastruktur gibt. Hier soll kein syrisches Leben mehr möglich sein.«

Das kurze Gespräch wird von Musa Al-Jarwan jäh unterbrochen: »Wir müssen weiter!«, sagt er und läuft zügig zurück zum Wagen. Sich zu lange an einem Ort aufzuhalten sei gefährlich. Das Auto schlängelt sich jetzt auf einer schmalen Schotterstraße durch das Geröll. Im Minutentakt tauchen links und rechts zerstörte Häuser auf. Musa Al-Jarwan streckt die Hand in Richtung eines Haufens aus verkohltem Holz. »Schau, hier haben Soldaten sogar die Möbel verbrannt.«

Die Ortschaft Rasem Al-Rawade liegt in der UN-Pufferzone. Das entmilitarisierte Gebiet ist etwa 80 Kilometer lang und bis zu zehn Kilometer breit. Eingerichtet wurde die Pufferzone nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973, um direkte militärische Konfrontationen zwischen Israel und Syrien zu verhindern. Laut dem Waffenstillstandsabkommen von 1974 ist es in diesem Gebiet verboten, militärische Einheiten zu stationieren. Die Zone ist ausschließlich für zivile Nutzung vorgesehen und wird von der UN-Mission UNDOF überwacht. Weder israelische noch syrische Kräfte dürfen ihre jeweilige Grenzlinie überschreiten.

Seit dem Regimewechsel mehren sich Anzeichen für eine israelische Einflussnahme. Laut einem Bericht der BBC finden in der Pufferzone seit Januar Bauarbeiten statt. Satellitenbilder zeigen neu errichtete Strukturen, Baufahrzeuge und einen etwa ein Kilometer langen neuen Weg, der mit

einer bestehenden Straße in dem von Israel annektierten Territorium verbunden ist.

Auch Musa Al-Jarwans Heimatdorf liegt auf den Golanhöhen, die Israel 1967 besetzt hat und inzwischen völkerrechtswidrig annektiert hält. Jetzt lebt er in Ain al-Nuriyah, das direkt an die UN-Pufferzone grenzt. »Die Existenz Israels als Staat befürworte ich. Aber ich lehne es ab, dass es sich fremden Boden aneignet.« Er hält kurz inne. »Wir werden unser Land nicht aufgeben – weder für Israel noch für irgendjemand anderen.«

Wenig später fährt der Wagen auf einen kaum erkennbaren Pfad, der zwischen großen Steinbrocken hindurchführt. Der Regen hat den Boden aufgeweicht, die Reifen graben sich in den Matsch. Abseits der Fahrbahn ist ein in Teilen zerstörtes Familienhaus zu erkennen. »Stopp, hier«, sagt Musa Al-Jarwan.

Etwa 500 Meter von einer israelischen Stellung entfernt lebt eine Mehrgenerationenfamilie in dem, was von ihrem Haus noch steht – in der rechten, halbwegs intakten Hälfte, die notdürftig mit Planen abgedichtet ist. Wir sitzen gemeinsam auf dünnen Matratzen auf dem Boden. Der Raum ist karg, aber windgeschützt. In der Mitte steht ein kleiner Ofen, der etwas Wärme spendet. Auch hier sprechen die Bewohner nur unter der Bedingung völliger Anonymität.

Der Vater erzählt, wie das israelische Militär nach dem Sturz Assads ins Dorf kam, die Menschen aus ihren Häusern holte und in der Schule versammelte. »Man sagte uns: ›Ihr habt zehn Minuten, um das Gebiet zu verlassen!‹« Erst Wochen später durften sie zurückkehren. »Sie haben grundlos Häuser und Straßen zerstört, unseren Besitz geplündert.« Die Familie fordert den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 – und Hilfe der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau.

Musa Al-Jarwan sitzt mit im Raum. Er nickt langsam, ohne etwas zu sagen. Er weiß, wie viel es bedeutet, dass hier überhaupt jemand zuhört. Warum er ausländische Journalisten hierherbringt? Es brauche Aufmerksamkeit für die Situation, sagt er später. Besonders in der Bundesrepublik. »Wir setzen Hoffnung in Deutschland, in das deutsche Volk, das unter Kriegen gelitten hat. Wir hoffen, dass die Deutschen uns helfen werden, die Kriege und die illegale Besatzung in unserem Land zu beenden.«

Musa Al-Jarwans Appell richtet sich an Länder und Institutionen, von denen die Bewohner denken, dass sie Druck ausüben und Einfluss nehmen können: Deutschland, die EU, die Vereinten Nationen. »Wir bleiben standhaft«, sagt er und fügt hinzu. »Wir wollen in Frieden leben. Wir wollen eine Zukunft haben – mit unseren Kindern, auf unserem Land. Ein Leben wie alle anderen auch«, sagt der pensionierte Lehrer.

Laut dem Waffenstillstandsabkommen von 1974 ist es in diesem Gebiet verboten, militärische Einheiten zu stationieren